

1. Einleitung

Im Herbst und Winter 1989/90 konstituierten sich erstaunlich viele Gruppierungen, Bewegungen, Verbände und Parteien, die sich als Opposition zu der bis dahin allein – jedoch mit Hilfe des pseudo-demokratischen Dekors anderer Parteien und Massenorganisationen kaschiert – herrschenden SED verstanden. Viele von ihnen waren und blieben bedeutungslos; einige hatten nur kurzfristig eine politische Relevanz, und nur wenige hatten damals eine breite Resonanz und entwickelten eine differenzierte Programmatik. Bei letzteren handelt es sich um meist seit längerem agierende Oppositionsgruppen, die nun aus dem Kreis der Kirche oder des Privaten¹ an die Öffentlichkeit traten bzw. damit überhaupt erst das im Ansatz schufen, was man als politische Öffentlichkeit bezeichnen kann. Denn die SED hatte mit ihrem totalen Machtanspruch gerade diese politische Öffentlichkeit weitgehend beseitigt und damit gewissermaßen das Ende des Politischen² in der DDR herbeigeführt. Das Pendant dazu war wiederum – und das ist kein Gegensatz – eine permanente Politisierung des Privaten, da auch privates Denken und Handeln potentiell der Reglementierung und der Kontrolle durch die SED unterlag. Auf diese Weise konnte von der geforderten Norm abweichendes Verhalten schon Repressionen hervorrufen.³ Auch wenn an die Stelle von Herrschaftszuweisung und -begrenzung der Befehl und an die Stelle von Willensbildung die Akklamation trat, eine materiell nicht allzu sehr differenzierte Existenz sozial nivellierend wirkte und der einfache SED-Genosse wie der Parteilose letztlich nichts anderes als Untertanen waren, so bildete sich zwar ein gewisses Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühl heraus, aber nicht die 'sozialistische Menschengemein-

1 Über die Bedingungen der Oppositionsgruppen liegt das materialreiche Buch von Erhart Neubert: *Geschichte der Opposition in der DDR 1949 – 1989*, Bonn 1997 (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 346), vor. Wer keinen Zugang zur Evangelische Kirche hatte oder haben wollte, ahnte von den vielfältigen oppositionellen Aktivitäten unterm Kirchendach genauso wenig wie von denen privater Kreise.

2 Ich folge hier wegen der strukturellen Vergleichbarkeit der Begriffsbestimmung von Egon Flaig: *Weisheit und Befehl. Platons „Politeia“ und das Ende der Politik*, in: *Saeculum* 45 (1994), S. 34.f.: „Das Politische hat zwei Dimensionen:

1. Es besteht aus einem spezifischen Raum, in dem Herrschende und Beherrschte gemäß bestimmten Regeln und über bestimmte Themen miteinander kommunizieren, Autorität erteilen und Gehorsam festlegen. [...] Der zeremonielle Rahmen der Kommunikation erstreckt sich von kultischen, sonstigen festlichen und gerichtlichen Veranstaltungen bis hin zu Versammlungen, in denen formalisiert Herrschaftsbefugnisse distribuiert werden. Gibt es diesen Raum – mit seinen Regeln, Interaktionsformen und Themen – nicht mehr, dann existiert kein Forum für die regularisierte (nicht gewaltsame) Kommunikation zwischen Herrschenden und Beherrschten, für Politik zwischen ihnen.

2. Es besteht ferner aus einem Raum, in dem die unterschiedlichen Interessen sich artikulieren – bis hin zur Gegensätzlichkeit –, die Willensbildung stattfindet und für die gesamte Gemeinschaft verbindlich entschieden wird, sei es innerhalb der herrschenden Gruppe alleine oder innerhalb der Bürger. Gibt es diesen Raum [...] nicht mehr, dann verschwindet das Politische: die Gemeinschaft löst sich entweder auf, oder – das ist der andere extreme und zugleich unmögliche Fall – sie kennt keine unterschiedlichen Interessen mehr. In beiden Fällen endet die Politik.“

3 Daraus ergab sich das latente Gefühl von individueller Bedeutung, weil man als potentieller Kritiker trotz oder gerade wegen des Untertanenstatus für die SED-Hierarchie wichtig sein konnte, auch wenn man sich stets unauffällig verhielt. Das erklärt das jetzt vielfach festzustellende Gefühl des ehemaligen DDR-Bürgers, bedeutungslos zu sein: denn er kann in politischer Hinsicht nun nahezu alles tun, nur interessiert das keinen, d. h. keine beobachtende Obrigkeit, mehr.

schaft', sondern eine permanent unzufriedene Bevölkerung. Diese nutzte die erste Gelegenheit der von Gorbatschow vertretenen sowjetischen Nichteinmischungspolitik, um die SED und den Staat DDR abzuwählen.

Nachdem im September 1989 die Ausreisewilligen mit ihren Protestumzügen und die Oppositionsgruppen mit ihrem Gang in die Öffentlichkeit die Kastanien aus dem Feuer holten und den Weg für Massendemonstrationen ebneten, kam es – m.E. nicht von ungefähr – erst nach der Öffnung der Mauer am 9. November 1989 zu den bereits erwähnten zahlreichen Gründungen von politischen Gruppen, Vereinen, Verbänden und Parteien. Damit wurde der Zustrom zu den großen Bürgerbewegungen und Parteineugründungen von Neuem Forum, Demokratie Jetzt, Demokratischer Aufbruch, Initiative Frieden und Menschenrechte und Vereinigte Linke sowie Grüner Partei und Sozialdemokratischer Partei abgeschwächt und bisherige Sympathisanten abgezogen, doch kann diese politische Ausdifferenzierung auch als Zeichen dafür angesehen werden, daß die DDR-Bevölkerung dem anhaltenden Gleichschaltungs- und Nivellierungsdruck widerstanden hatte. Allerdings hätten sich manche der Gründungen erübrigt und sich manche Kräfte bündeln lassen, wenn es schnelle und zuverlässige Informationen durch die Medien gegeben hätte. Doch diese befanden sich selbst erst langsam auf dem Wege – nicht zuletzt auch wegen der jahrzehntelangen auswählenden Kaderpolitik der SED –, die Gleichschaltung zu überwinden.⁴

Bevor ich mich auf die eben genannten politisch relevanten Oppositionsgruppen konzentriere, seien die anderen, die weitgehend auch zur Volkskammerwahl 1990 antraten, aufgelistet, ohne daß jedoch Vollständigkeit beansprucht werden kann:⁵ Bund Sozialistischer Arbeiter, Christlich-Demokratische Jugend, Christlich-Demokratische Volkspartei, Christliche Liga, Demokratische Partei der Arbeiterklasse und Intelligenz, Deutsche Biertrinker Union, Deutsche Forumpartei, Deutsche Jugendpartei, Deutsche Soziale Union, Deutsche Umweltschutzpartei, Deutscher Regenbogen, Einheit Jetzt, Europa-Union der DDR, Europäische Föderalistische Partei – Europa Partei, Freie Demokratische Partei, Freisoziale Union, Kommunistische Partei Deutschlands, Landju-

4 Karsten Kloth: Die Umwandlung organisationseigener Betriebe in Kapitalgesellschaften, in: Zeitschrift für offene Vermögensfragen (ZOV) 1/1994, S. 15: „Wenig bekannt ist, daß die Parteien und Massenorganisationen auch in nicht unerheblichem Umfang Eigentümer von Wirtschaftsbetrieben, insbesondere im Druck- und Verlagswesen, waren. Eine führende Rolle kam auch hier der SED zu, die als Eigentümerin 16 Tageszeitungen, diverse Zeitschriften, mehr als 90 Druckereien und sonstige Einrichtungen sowie verschiedene Buchverlage kontrollierte. Daneben besaßen auch alle anderen Parteien und Massenorganisationen Zeitungsverlage, Druckereien und Buchverlage. Insgesamt befanden sich rd. 90% des gesamten Druckerei- und Verlagswesens der DDR in der Rechtsform des Organisationseigentums im Vermögen der Parteien und Massenorganisationen.“

5 Nicht erwähnt werden die Blockparteien und Massenorganisationen, die sich von der SED emanzipierten. Dagegen werden Parteigründungen und Jugendverbände aufgeführt, die ein Pendant zu bundesdeutschen Parteien und Organisationen darstellen, aber für die DDR Neugründungen waren. Eine Mutation, die schnell das neue revolutionäre Vokabular für sich übernahm, soll jedoch erwähnt werden, nämlich die der Nationalen Front zu einer nationalen Bürgerbewegung mit Bürgerkomitees. Außerdem kam es seit Dezember 1989 zu einer wachsenden Gründung von Interessengruppen wie dem Verein der Naturfreunde, dem Arbeitslosenverband oder dem Schwulenverband und von berufsständischen Vereinen, Verbänden.

gendverband der DDR, Liga für limitierte verweigernde Kriegsdienstgegner, Marxistische Jugendvereinigung „Junge Linke“, Marxistische Partei Deutschlands, Nationale Alternative, DIE NELKEN (marxistische Partei), Ökologisch-Demokratische Partei, Reine Arbeiterpartei, Senioren-Schutz-Bund „Graue Panther“, Sozialistischer Studentenbund, Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands – Leninisten, Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Unabhängige Volkspartei, Vereinigung der Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik und Demokratie.⁶

*2. Die ersten Aufrufe von Demokratischer Aufbruch, Demokratie Jetzt, Initiative Frieden und Menschenrechte, Neues Forum, Grüne Partei in der DDR, Sozialdemokratische Partei (in der DDR) und Vereinigte Linke*⁷

Die oppositionellen Gruppen, auf die ich mich nunmehr konzentriere sind: Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM), Demokratie Jetzt, Neues Forum, Vereinigte Linke, Demokratischer Aufbruch, die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) und die Grüne Partei in der DDR. Sie mußten (und wollten) mit ihren Aufrufen Reformen im Rahmen der DDR-Verfassung und unter Berufung auf diese anstreben, ohne den politischen Straftatbestand der Staatsfeindlichkeit oder Diffamierung der DDR zu erfüllen bzw. dafür belangt zu werden.⁸ Dabei wurde stellvertretend die Öffentlichkeit der Bundesrepublik bewußt genutzt, um einer potentiellen Inhaftierung entgegenzuwirken.⁹ Daher ist in weitgehend allen Aufrufen und programmatischen Erklärungen als akzeptierte bzw. überhaupt erst einmal anzustrebende Gesellschaftsform der Sozialismus zu finden bei gleichzeitiger Ablehnung dessen, was sich seit Jahren als ‘real existierender Sozialismus’ ausgab. Ein Sozialismus gegen und ohne die SED konnte beides sein: taktisches Feigenblatt oder inhaltliches Selbstverständnis.

Unabhängig davon, was sich nun hinter dem benutzten Sozialismusbegriff verbarg, das wachsame Auge der SED, die Staatssicherheit, erkannte natürlich sofort die Gefahr für die Herrschaft der SED¹⁰ und hatte demzufolge das Polit-

6 Nach: Carola Wuttke, Berndt Musiolek (Hrsg.): Parteien und politische Bewegungen im letzten Jahr der DDR, Berlin 1991, S. 25-64.

7 In den folgenden Ausführungen werden einige Passagen aus meinen ersten Untersuchungen zum Thema aufgenommen: Isolde Stark, Wirtschaftspolitische Vorstellungen der DDR-Opposition 1989, in: Deutschland Archiv 28 (1995), S. 1183-1193.

8 Vgl. Jens Reich, Rückkehr nach Europa. Zur neuen Lage der deutschen Nation, München 1993, S. 187 und Neubert, S. 827.

9 Andererseits bestand auch die Gefahr, daß dieses Kalkül nicht aufging. „Voll in die internationale Öffentlichkeit zu gehen, war ein Vabanquespiel. Einerseits reizte es die Machthaber erheblich und spielte ihnen das Argument einer vom Westen gesteuerten Hetzkampagne zu. [...] Andererseits war die Öffentlichkeit ein dringend notwendiger Schutz. Sie haben es nicht gewagt, uns einfach festzusetzen.“ Jens Reich, S. 186 f.

10 Am 20.9.89 hatte Mielke persönlich an den Minister des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei, Armeegeneral Dickel, geschrieben: „Ich bitte, unbedingt sicherzustellen, daß jede Anmeldung einer Vereinigung – oder anderweitig bezeichnet – sofort zentral erfaßt und dem MfS umgehend